

Medienmitteilung

Donnerstag, 12. März 2009

Arbeitsplätze nicht mutwillig vernichten

economisesuisse begrüsst die Ablehnung der GSoA-Initiative durch den Nationalrat

Die Ablehnung der Volksinitiative der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) zum Verbot von Waffenexporten ist folgerichtig. Im Nationalrat wurde anerkannt, dass das Exportgeschäft für die heimische Rüstungsindustrie überlebenswichtig ist.

Der Schweizer Markt ist für die Firmen zu klein, um ökonomisch zu überleben. Vielen Unternehmen würde deshalb im Falle eines Export-Verbots die Existenzgrundlage entzogen. Betroffen wären rund 11'000 Stellen in über 500 Schweizer Firmen. Gerade vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosenzahlen ist die mutwillige Gefährdung von Arbeitsplätzen völlig unangebracht.

Gleichzeitig würde durch ein Export-Verbot auch der Innovationsstandort Schweiz geschwächt. Von der forschungs- und entwicklungsintensiven Rüstungsindustrie gehen viele Innovationen für die gesamte Wirtschaft aus. Angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds und des härter werdenden globalen Konkurrenzkampfes sollte dieser Standortvorteil nicht aus der Hand gegeben werden.

Bereits heute besitzt die Schweiz strenge und wirksame Exportkontrollen. „Diese ermöglichen es die Interessen der Schweiz zu wahren und unerwünschte Exporte zu verhindern, ohne Arbeitsplätze und Innovationen zu vernichten“, sagt Jan Atteslander, Leiter Aussenwirtschaft von economisesuisse. economisesuisse lehnt die GSoA-Initiative deshalb entschieden ab.

Rückfragen:

Roberto Colonnello

Telefon: 044 421 35 50

roberto.colonnello@economisesuisse.ch